

Erfolge und Möglichkeiten einer aktiven Arbeitsmarktpolitik

Helmut Minta, geboren 1924 in Duisburg, ist seit 1975 Vizepräsident der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg.

Die Zeit zwischen den beiden DGB-Kongressen 1974 und 1978 ist durch eine Zahl charakterisiert: 1 Million Arbeitslose.

Wir leiden unter Arbeitslosigkeit und unterwertiger Beschäftigung und müssen nach vielen guten Jahren einer völlig anderen Ausgangslage auf dem Arbeitsmarkt Rechnung tragen.

Veränderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Die binnen- und weltwirtschaftliche Rezession brachte hohe Wachstumsverluste und neue Rahmenbedingungen mit sich, so daß eine totale Problemumkehr eingetreten ist. Dem längerfristig ansteigenden deutschen Arbeitskräftepotential, insbesondere den geburtenstarken Jahrgängen, drohen ohne entsprechende wachstums- und bildungspolitische Reaktionen nicht genügend Arbeits- und Ausbildungsstellen gegenüberzustehen.

Im einzelnen haben sich in der Zwischenzeit folgende Rahmenbedingungen geändert: Nach der Freigabe der Wechselkurse ist der außenwirtschaftliche Anpassungszwang größer. Die hohe Exportabhängigkeit vieler deutscher Arbeitsplätze läßt Strukturverschiebungen im Außenhandel schnell und stark auf den gesamten Arbeitsmarkt durchschlagen. Der sich verändernde Altersaufbau der insgesamt sinkenden Bevölkerung und der steigende Anteil der Erwerbsbevölkerung bedingen erhebliche Änderungen der Verbrauchsstrukturen. Die angespannte Haushaltslage von Bund, Ländern und Gemeinden wirkt unmittelbar auf die Beschäftigung. Schließlich bringen die Energie- und die Umweltgesetzgebung und -rechtsprechung beträchtliche Produktionsstruktur- und Umschichtungseffekte in der Erwerbstätigkeit.

Die Beschäftigungskrise, die Energieprobleme, der Wandel von Produktions- und Arbeitsteilungsstrukturen und die weltwirtschaftlichen Veränderungen haben das Bewußtsein und Überdenken vergangener und zukünftiger Entwicklungen und Probleme des Arbeitsmarktes gefördert. Dennoch bleiben Unsicherheiten über die

längerfristigen politischen und wirtschaftlichen Rahmendaten. Bei begrenzter Vorhersehbarkeit und Steuerbarkeit des Strukturwandels, bei einer Gewichtsverlagerung von quantitativem zu qualitativem Wachstum unter Beibehaltung angestrebter Wachstumsraten und bei wenig expansiver Personalpolitik des Staates sind abschätzbare Entwicklungen schwer einzukalkulieren. Dieser Tendenzwandel auf dem Arbeitsmarkt und diese veränderten Rahmenbedingungen lassen eine rasche Rückkehr zu einem anhaltend hohen Beschäftigungsstand selbst bei beträchtlichem Wachstum nicht automatisch erwarten.

Zum einen können die vorhandenen sachlichen Kapazitäten nicht befriedigend ausgelastet werden, zum anderen fehlen infolge der mangelnden Investitionsneigung und der Strukturwandlungen Arbeitsplätze.

Es ist aber auch nicht zu übersehen, daß Unterschiede zwischen Angebot und Nachfrage einem besseren Arbeitsmarktausgleich entgegenstehen. Sie bestehen gegenwärtig vor allem in der Qualifikation. Diese Unterschiede können zunehmen, wenn im Zuge des sich fortsetzenden Aufschwungs der Kräftebedarf in den gewerblichen Berufen zunimmt, während ein wachsender Teil der Arbeitslosen aus den Angestellten-Berufen kommt.

Die bisherigen Erfolge der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik 1973 bis 1977

Der rezessionsbedingten Arbeitslosigkeit trat die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik mit zahlreichen, zum Teil umfangreichen Programmen entgegen. Die staatliche Konjunkturpolitik, die öffentlichen Infrastrukturprogramme und die „Programmhaushalte“ der Bundesanstalt (BA) haben in den letzten vier Jahren beachtliche Beiträge zur Entschärfung der Beschäftigungskrise geleistet.

Die Gesamtwirkung aller öffentlichen Konjunktur- und Infrastrukturprogramme vom Februar 1974 bis zum August 1975 in Höhe von 17 Milliarden DM beläuft sich auf eine direkte Nachfrage Wirkung von über 30 Milliarden DM, bei denen es sich ganz überwiegend um Investitionsgüternachfrage handelt. Einschließlich der indirekten Effekte ergibt sich insgesamt eine Nachfragewirkung der Konjunkturprogramme von mindestens 50 Milliarden DM. Erste Schätzungen über die Auswirkungen dieser Gesamtnachfrage auf die Beschäftigung zeigen, daß mit diesen Maßnahmen in den Jahren 1974 bis 1976 insgesamt rund 700 000 Arbeitsplätze gesichert werden konnten. Das im März 1977 mit einem Umfang von 16 Milliarden DM verabschiedete mehrjährige Investitionsprogramm zur Wachstumsvorsorge und die Auswirkungen der steuerpolitischen Erleichterungen werden sich verstärkt ab 1978 positiv auf die Beschäftigungslage auswirken. Nach Berechnungen, z. B. des DIW, dürften dadurch 150 000 bis 200 000 zusätzliche Arbeitskräfte beschäftigt werden.

Die BA allein hat durch ihre arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen in den Jahren 1973 bis einschließlich 1977 im Durchschnitt eine Beschäftigungswirkung von rd. 250 000 erhaltenden Jahresarbeitsverhältnissen erreicht. Kurzarbeitergeld, Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung und Vollzeitmaßnahmen der Förderung der beruflichen Bildung und Umschulung führten dadurch im gesamten Zeitraum zu einer erheblichen Entlastung der Arbeitslosigkeit. Allein im Durchschnitt des Jahres 1976 wurde durch die Maßnahmen der BA für ca. 215 000 Personen potentielle Arbeitslosigkeit verhindert. 1977 wird sich durch den Rückgang der Kurzarbeit die Entlastungswirkung nach vorläufigen Ergebnissen auf ca. 175 000 Personen verringern (Übersicht 1). Von den übrigen Finanzleistungen der Bundesanstalt, insbesondere von der Förderung der Arbeitsaufnahme, gingen weitere beachtliche Entlastungswirkungen bei besonders betroffenen Personengruppen aus (Übersicht 2).

Die Dienstleistungen der Arbeitsämter werden in sehr großem Umfang in Anspruch genommen. In rund 6 Millionen Fällen suchten Jahr für Jahr Arbeitnehmer (Arbeitslose und Nichtarbeitslose) Beschäftigungsmöglichkeiten und Rat bei den Vermittlungsdiensten der Arbeitsämter. 1977 z. B. wurden unsere Vermittlungsstellen von 5,4 Millionen arbeit- und ratsuchenden Personen in Anspruch genommen, darunter befanden sich 3,3 Millionen Arbeitslose. Von den Arbeitgebern wurden uns jährlich rund 2,3 Millionen offene Stellen angezeigt. Die Arbeitsämter konnten 1977 in 2,3 Millionen Fällen (1,4 Millionen Vermittlungen in Beschäftigungsverhältnisse von mehr als 7 Tagen und 0,9 Millionen unter 7 Tagen Dauer) Arbeit vermitteln. Außerdem nahmen rd. 1 Million Ratsuchende die Leistungen der Berufsberatung in Anspruch. Die Zahl der Ratsuchenden bei der Berufsberatung stieg 1975/76 stärker als die der Schulabgänger. Zugleich traten 150 000 Personen in berufliche Bildungsmaßnahmen ein.

Diese Zahlen belegen eindrucksvoll, daß in Millionen von Fällen durch die Arbeitsämter Arbeitslosigkeit vermieden oder beseitigt wurde und daß die berufliche Qualifikation durch Fortbildung und Umschulung verbessert werden konnte. Sie zeigen weiterhin die beachtlichen Möglichkeiten, aber auch die Grenzen öffentlicher Beschäftigungspolitik und der Programmhaushalte der Bundesanstalt auf. Deshalb mahne ich weiterhin die Gesamtpolitik, und das tue ich sehr bewußt!

Gefahren der Arbeitsmarktentwicklung: Spaltung des Arbeitsmarktes

Die bisherigen Erfolge einer aktiven Arbeitsmarktpolitik dürfen jedoch nicht über einen bei andauernder hoher Arbeitslosigkeit an Brisanz gewinnenden Prozeß hinwegtäuschen: das Ausmaß der instabilen Beschäftigungsverhältnisse (Mehrfacharbeitslosigkeit). So war im September 1977 jeder 4. Arbeitslose ohne Berufsausbil-

dung zuvor mehr als einmal arbeitslos, während bei den Arbeitslosen mit abgeschlossener Hochschulausbildung zuvor nur jeder 10. von Mehrfacharbeitslosigkeit betroffen wurde.

In der Tendenz vollzieht sich dabei ein Abstieg. Ein Arbeitsloser nimmt eine geringer bezahlte Tätigkeit auf. Wenn er dann wieder arbeitslos wird, erhält er aufgrund der niedrigeren Beitragszahlungen ein niedrigeres Arbeitslosengeld. Diese Situation ist durch die Vierte Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz gemildert worden.

De facto entsteht aber, wenn dieser Prozeß Jahre andauert - und dies muß die Politiker interessieren -, eine Spaltung. Es kann die Klasse derer geben, die stabil beschäftigt sind, und die Klasse derer, die instabil beschäftigt sind und finanziell absteigen. Diese Entwicklung vollzieht sich in allen Personenkreisen, insbesondere bei Frauen und bei *white collar workers*, also bei den Angestelltenberufen. Auf diese Entwicklung muß ich aufmerksam machen. Wir warnen deshalb vor einem Abbau oder einer Senkung der Arbeitslosenbeihilfen im weitesten Sinne, also des Arbeitslosengeldes, der Arbeitslosenhilfe und auch der anderen Unterstützungen.

Man kann nicht eine Million Arbeitslose als Faulenzer und Drohnen verurteilen. Gegen diese pauschale Behauptung habe ich mich gewehrt und werde mich auch in Zukunft wehren.

Heute will man auf jedem Arbeitsplatz Olympioniken haben. Auch hier muß man sich dem Markt anpassen. Es ist aber gerade in dieser Situation Aufgabe der Bundesanstalt für Arbeit, beide Seiten über den Markt aufzuklären.

Die vor uns stehenden Aufgaben

Die ökonomische Ausgangssituation und die Arbeitsplatzlage stellt sich verkürzt so dar:

1978 bis 1980 besteht vor allem das Problem unzureichender Nachfrage nach Gütern und Diensten, um die vorhandenen Produktions- und Dienstleistungskapazitäten sowie das mögliche Arbeitsangebot schnell auf eine höhere Auslastung zu bringen. So sind 1976/77 700 000 bis 900 000 Arbeitsplätze mit den zugehörigen technischen und räumlichen Kapazitäten bei Industrie und Bauwirtschaft vorhanden, jedoch mangels Absatzmöglichkeiten nicht besetzt. Angesichts der Arbeitsplatzreserven und der Kostensenkungsmöglichkeiten bei besserer Kapazitätsauslastung bestehen für ein verstärktes Wachstum nicht nur beträchtliche Spielräume, sondern auch gleichzeitig Vorteile für einen höheren Beschäftigungsstand ohne inflationäre Nachteile.

1980 bis 1985 droht mittelfristig vor allem wegen der bisher unterbliebenen Investitionen ein Kapazitätsdefizit; eine Kapazitätslücke, die je nach der Hauptzielrichtung von Investitionen auf den Ersatz oder die Schaffung von Arbeitsplätzen

größer oder kleiner ausfällt. 1985 bis 1995 ist die Gefahr nicht auszuschließen, daß der einheimische Produktionsapparat veraltet und die Bundesrepublik daher als stark exportabhängiges Hochlohnland die in der internationalen Arbeitsteilung gefragte Produktpalette quantitativ und qualitativ nicht mehr anbieten kann.

Wir müssen damit rechnen, daß in den kommenden 10 bis 15 Jahren rund eine Million mehr Deutsche in das Erwerbsleben eintreten als gleichzeitig daraus ausscheiden. Im Vergleich zu den letzten 15 Jahren, in denen das Angebot an deutschen Erwerbspersonen um rund 2 Millionen zurückging, ist das eine grundlegende Änderung. Erst gegen 1990 wird sich die Tendenz wieder umkehren. Ab diesem Zeitpunkt beginnt sich der derzeitige Geburtenrückgang auf den Arbeitsmarkt auszuwirken.

Gelingt es uns nicht, bis 1980 die gegenwärtig hohe Arbeitslosenzahl wieder auf ein erträgliches Maß zurückzuführen, vergrößern sich die ohnehin für die achtziger Jahre zu erwartenden Arbeitsmarktprobleme beträchtlich. Dann muß nämlich nicht nur die eine Million zusätzlicher Arbeitskräfte untergebracht werden, sondern darüber hinaus die dann noch registrierten Arbeitslosen.

Aus der Bevölkerungsentwicklung ergibt sich ein Dilemma für die Arbeitsmarktpolitik der achtziger Jahre. Was kurzfristig und auch noch mittelfristig richtig ist, kann sich langfristig als falsch erweisen. Arbeitskräfte, die man vor 1990 dem Arbeitsmarkt entzieht, können nach 1990, wenn aus dem Mangel an Arbeitsplätzen wieder ein Mangel an Arbeitskräften geworden ist, fehlen. Arbeitsmarktpolitik der achtziger Jahre muß zudem, wie aufgezeigt, schon heute, zu Ende der siebziger Jahre, beginnen, weil Arbeitslose, die wir bis Ende dieses Jahrzehnts nicht in Arbeit bekommen, die Probleme des nächsten Jahrzehnts verschärfen.

Möglichkeiten aktiver Arbeitsmarktpolitik, die sowohl kurz-, mittel- wie auch langfristig sinnvoll sind, bieten sich auf dem Sektor der beruflichen Bildung an. Die andauernde Arbeitslosigkeit hat zu wachsenden Diskrepanzen zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt geführt. Diese Diskrepanzen bestehen hauptsächlich in der Qualifikationsstruktur.

Wichtig ist, daß bei allem politischen Handeln stets auch die Frage gestellt wird, welche beschäftigungspolitischen Auswirkungen sich daraus ergeben.

Wer ein zehntes Schuljahr einführen will, weil er es für bildungspolitisch notwendig hält, sollte das dann tun, wenn es schwierig ist, alle Schulabgänger im beruflichen Bildungssystem unterzubringen, und nicht, wenn das Angebot an beruflicher Bildung mangels Nachfrage ohnehin nicht ausgeschöpft werden kann. Wer ein Erziehungsgeld oder Babyjahr einführen will, weil er es aus familienpolitischen Gründen für notwendig hält, sollte das aus diesen Gründen dann tun, wenn es arbeitsmarktpolitisch sinnvoll ist.

Der Handlungsrahmen der Bundesanstalt für Arbeit

Die bisherige Arbeitsmarktpolitik, insbesondere der nach dem Arbeitsförderungsgesetz der Bundesanstalt zufallende Teil, kann zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme nur einen Beitrag leisten. Allein wäre die Bundesanstalt mit der Problemlösung überfordert, ihr Instrumentarium und ihre Finanzgrundlage sind darauf nicht angelegt. Sie leistet - und wie ich meine mit Erfolg - die ihr möglichen und zugestandenen Hilfen; ihre Vermittlungs- und Beratungsdienste arbeiten seit Jahren an der Belastungsgrenze.

Es darf also nicht der Eindruck entstehen, als läge es an der Bundesanstalt, mit ihren Maßnahmen entscheidend oder auch nur ausreichend eine Beeinträchtigung des Vollbeschäftigungsziels wesentlich zu mildern oder gar auf Dauer auszuschließen. Allerdings bietet die Bundesanstalt eine Fülle arbeitsmarktpolitischer Hilfen flankierender Art an:

Ein breites Spektrum von Informationen, damit Entscheidungen heranreifen und auch getroffen werden können. Sie zeigt einerseits mögliche Handlungsalternativen auf, andererseits stellt sie Lösungswege dar, über die mit der B A-Selbstverwaltung, den politisch zuständigen Instanzen und der Öffentlichkeit diskutiert wird.

Bei dem Versuch, diese arbeitsmarktpolitischen Alternativen und Optionen darzulegen, die zu verfolgenden Ziele zu werten und in eine grobe Reihenfolge zu bringen, sind allerdings die sehr unterschiedlichen Zuständigkeiten und Finanzierungsregelungen zu beachten.

Zusätzlich sind die vielfältigen institutionellen Ebenen der Arbeitsmarktpolitik in diesem Zusammenhang von großer Bedeutung. Das Zusammenwirken von Gesetzgeber, Tarifvertragsparteien, Betrieben und ihren Beteiligungsorganen ist ebenso wichtig wie die Personal- und Investitionspolitik von Bund, Ländern und Gemeinden. Für unser Land ist es z. Z. erste Aufgabe, alle Anstrengungen einer koordinierten Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik - und zwar in dieser Reihenfolge - so lange auf die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung zu richten, bis dieses Ziel wieder erreicht und gesichert ist. Im internationalen Vergleich wird die Bundesrepublik zu jenen Ländern gerechnet, die dieses Ziel aus eigener Kraft und in weltwirtschaftlicher Zusammenarbeit bis 1980 verwirklichen können.

Grundvoraussetzung ist eine energische Wirtschafts- und Finanzpolitik. Ein kräftigeres und gleichzeitig mehr an gesellschaftlichen Bedürfnissen ausgerichtetes Wachstum kann im Zusammenwirken mit einer ständig verbesserten Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik bis Anfang der achtziger Jahre Arbeitslosigkeit, Unterqualifikation und unterwertige Beschäftigung nachhaltig überwinden.

Vorrang für Vollbeschäftigung

Ein hoher Beschäftigungsstand bei gesellschaftlich produktiver Arbeit an vollwertigen Arbeitsplätzen läßt sich für unfreiwillig Arbeitslose nur erringen und für Erwerbstätige aufrechterhalten, wenn dieses gesellschaftspolitische Ziel als vorrangig verstanden und verfolgt wird. Dieser Vorrang für Vollbeschäftigung ist aus meiner Sicht individuell, gesellschaftlich, wirtschaftspolitisch und institutionell wie folgt zu begründen:

Individuell ist jedem Bürger die Freiheit der Berufs- und Arbeitsplatzwahl garantiert. Aufgabe der Wirtschaftsordnung ist daher, ihm Zugang zu Erwerbchancen zu öffnen. Anschließend ist der Erwerb von persönlicher Identität, Einkommen und sozialer Sicherheit durch befriedigende, gesellschaftlich sinnvolle und produktive Arbeit an möglichst sicheren Arbeitsplätzen zu ermöglichen. Arbeit ist eine der wichtigsten Quellen für individuelle Selbstverwirklichung, gesellschaftliche Teilhabe und Wohlfahrt.

Daraus folgt zwingend, daß das Grundrecht auf Persönlichkeitsentfaltung ein Recht auf Arbeit in sich schließt. Nicht selten wird dieses Recht mißverstanden als Recht auf einen bestimmten Arbeitsplatz, d. h. als rechtlicher Anspruch, im Lohnarbeitsverhältnis eingestellt, beschäftigt und entlohnt zu werden. Ich meine mit Recht auf Arbeit das elementare Recht jedes Menschen, sich arbeitend zu bestätigen, ein Recht, das nicht einmal Kriegsgefangenen oder Strafgefangenen verweigert werden darf.

Bei Unterbeschäftigung ergeben sich aus den Produktionsausfällen wie den Auswirkungen der psycho-sozialen Belastungen der von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen und aus den hohen Kosten der Erwerbslosigkeit mit ihren unabsehbaren Folgelasten gesellschaftlich nur Nachteile.

Wirtschaftspolitisch ist das angestrebte Beschäftigungsziel seit vier Jahren nicht erreicht. Darüber hinaus werden die Bildungsbereitschaft, die Qualifikationen teils unter- und das Arbeitsvermögen derjenigen, die Arbeit wünschen, teils überfordert, fehlgeleitet und auch verschlechtert.

Bei einer Abwägung der wirtschaftspolitischen Ziele des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes gelangte die Mehrheit der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel zu dem Ergebnis, daß Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum und Verteilungsgerechtigkeit unmittelbar relevante Ziele, die übrigen aber abgeleitete Ziele seien. Es wird also eine Neuordnung im Verhältnis von sozial- und wirtschaftspolitischen Zielen untereinander für notwendig erachtet. War früher die Arbeitsmarktentwicklung in erster Linie ein Nebenprodukt der Konjunktur- und Wachstumspolitik, so sind heute und für die absehbare Zukunft Konjunktur- und Wachstumspolitik in erster Linie im Hinblick auf das Beschäftigungsziel zu sehen.

*Übersicht 1:
Beschäftigungswirkung und Entlastung der Arbeitslosenzahl durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in den Jahren 1973-1977,
auf Jahresbasis*

Maßnahmeart	Personen in 1000														
	Inanspruchnahme				Beschäftigungswirkung				Entlastungswirkung (Minderung der Arbeitslosenzahl)						
	1973	1974	1975	1976	1977	1973	1974	1975	1976	1977	1973	1974	1975	1976	1977
1. Kurzarbeit	44	292	773	280	200	16	106	272	90	65	11	70	175	60	42
2. Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM)	2	3	16	30	33	4	8	41	75	82	3	6	30	58	63
3. Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Bildung (FuU)	101	117	131	95	70	101	117	131	95	70	101	117	131	95	70
Summe 1. - 3.	147	412	920	405	303	121	231	444	260	217	115	193	336	213	175

Übersicht 2: Die Förderung der Arbeitsaufnahme durch die Bundesanstalt für Arbeit 1974-1977 (ohne Rehabilitation)

Leistungsart	1974			1975			1976			1977		
	Förderungs- fälle	Ausgaben in 1000 DM	Förderungs- fälle	Ausgaben in 1000 DM	Förderungs- fälle	Ausgaben in 1000 DM	Förderungs- fälle	Ausgaben in 1000 DM	Förderungs- fälle	Ausgaben in 1000 DM	Förderungs- fälle	Ausgaben ¹⁾ in 1000 DM
Bewerbungskosten	14 273	289,9	18 191	372,8	20 469	480,0	27 705	2 100				
Reise-, Umzugskosten	142 064	5 112,5	221 615	8 122,1	230 415	9 587,0	254 533	35 000				
Arbeitsausrüstung	11 281	853,3	14 106	1 135,5	20 526	1 630,4	27 583	3 000				
Trennungsbeihilfe	166	18,6	350	65,5	330	72,9	1 270	7 280				
Überbrückungsbeihilfe	54 373	24 261,8	57 663	28 595,0	78 307	41 273,8	101 147	75 000				
Eingliederungsbeihilfe	7 778	16 953,7	35 739	100 408,4	55 699	185 675,4	99 775	180 120				
Sonstige Hilfen, Arbeitsaufnahme im Ausland	4 206	202,7	3 488	239,9	2 982	312,8	3 373	7 500				
Insgesamt	234 141	47 692,5	351 152	138 939,1	408 728	239 032,3	515 388	310 000				
Vermittlungen in Beschäftigung über 7 Tage	1 372 967		1 373 738		1 484 935		1 400 000 ²⁾					

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit
¹⁾ ohne Mittel aus Bundesprogrammen, Haushaltsansätze
²⁾ vorläufig

Es ist nicht zu übersehen, daß die Konkurrenz wirtschaftspolitischer Ziele die Gefahr birgt, daß das Vollbeschäftigungsziel nicht den Rang einnimmt, der ihm gesellschaftspolitisch und ökonomisch zukommt. Dies mag u. a. auch daran liegen, daß die Zuständigkeit für Beschäftigungspolitik zwischen den Ressorts und auch zwischen den Gebietskörperschaften aufgeteilt ist und bereits hier institutionelle Hemmnisse auftreten. Die Finanzierungsbasis der Vollbeschäftigungspolitik ist vielfach geteilt, ein Ausgleich zwischen den arbeitsmarktrelevanten Budgets steckt in den Anfängen.

Es wäre zu prüfen, ob der Einsatz und die Vergabe staatlicher Mittel, die 1976 über 160 Milliarden DM betragen, noch stärker an arbeitsmarktpolitischen Erfordernissen orientiert werden können. Damit ließen sich zwar nicht zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, doch die regionale und sektorale Verteilung von Unterbeschäftigung besser als bisher steuern. Zu diesem Zweck sollten die Vergaberichtlinien öffentlicher Hände mehr für die Beschäftigungspolitik geöffnet werden. Die Beschäftigungswirkungen, die von den staatlich genehmigten und von dem genehmigungspflichtigen Anteil an den Gesamtinvestitionen ausgehen, sollten transparent gemacht werden. Darüber hinaus sollten die besonders beschäftigungsrelevanten Staatsaktivitäten die direkten und indirekten Beschäftigungswirkungen der geplanten Mehr- bzw. Minderausgaben ausweisen. Anhand dieser Vorgaben müßte sich danach in einem Soll-Ist-Vergleich die notwendige Erfolgskontrolle anschließen.

Durch das Arbeitsförderungsgesetz ist die Bundesanstalt mit den ihr verfügbaren Instrumenten und finanziellen Möglichkeiten einem hohen Beschäftigungsstand verpflichtet. Die Bundesanstalt ist im Rahmen der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung im Interesse ihrer Beitragszahler, rd. 20 Millionen Arbeitnehmer und knapp 2 Millionen Betriebe, sowie der Arbeitslosen in erster Linie dazu berufen, das Vollbeschäftigungsziel zu vertreten. Auch die Bundesanstalt kennt keinen *Königsweg* zur Lösung der genannten Probleme. Ich verweise aber auf die beachtlichen Erfolge der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik in und seit der Rezession 1974/75, aber ich sage auch, daß die Grenzen des politisch und finanziell Machbaren noch nicht erreicht sind.